

In Ergänzung zum Minderheitenvotum nach der Sitzung des Parteivorstandes vom 22. Mai 2011 zur Ablehnung des Programmentwurfes begründe ich meine Gegenstimme zum Leitantrag "Parteiprogramm" wie folgt:

0. An den von mir nach der Sitzung im Parteivorstandes im Mai benannten Gründen für die Ablehnung hat sich nichts geändert. Die Struktur des Programmentwurfes ist geblieben. Ich plädiere nach wie vor für die Struktur wie im Alternativen Programmentwurf vorgeschlagen. Einen Abschnitt zur Aushöhlung der Demokratie durch den Neoliberalismus halte ich nach wie vor für nötig. Die vorgeschlagenen Haltelinien halte ich nach wie vor für falsch und plädiere für die Formulierungen im Alternativen Programmentwurf.
1. Im Hinblick auf die erfolgte Änderung zum "Stalinismus als System" bleibt festzuhalten, dass die von W. Gehrcke bereits im Mai eingefügte Formulierung: "Die Geschichte der DDR, auch die der SED, auf den Stalinismus zu verkürzen, ist jedoch unhistorisch und unwahr." bestehen bleibt. Diese Formulierung kann zum einen als Relativierung gelesen werden und zum anderen unterstellt sie, dass irgendjemand in dieser Partei die Geschichte der DDR und der SED auf Stalinismus reduziert hat. Dies ist mit aller Schärfe zurückzuweisen.
2. In der Präambel findet sich eine Formulierung, die wie folgt lautet: "Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft." Dies ist die Formel "Freiheit durch Sozialismus". Diese Formel habe ich immer kritisiert und halte die Kritik aufrecht, weil diese Formel als eine Gewichtung zwischen sozialer Gerechtigkeit und Freiheit interpretierbar ist. Aus meiner Sicht müsste die Formel wie folgt lauten: "Individuelle Freiheit, Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden, sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft." Diese Formulierung würde klarstellen, dass für uns Freiheit und Sozialismus, genauer Freiheit und soziale Gerechtigkeit zusammengehören und nicht in einem Bedingungsverhältnis zueinander stehen.
3. Es gelang in der Sitzung nicht den ÖBS als dauerhaften, staatlich finanzierten dritten Sektor im Programm zu verankern. Die aufgenommene Formulierung: "Wir diskutieren darüber, inwieweit mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor über die Arbeitsmarktpolitik hinaus die Beschäftigung im Non-Profit-Bereich dauerhaft fortentwickelt und gestärkt werden kann." ist unzureichend.
4. Die im Minderheitenvotum weiterhin benannten Gründe wie
 - die Aufnahme eines Absatzes zur Klassengesellschaft
 - die Ablehnung der Aufnahme eines Absatzes zur Beschreibung des Neoliberalismus der 70iger Jahre u.a. mit der Unterordnung aller Lebensbereiche unter eine Verwertungslogik, die Aufrechterhaltung des Patriarchats, Nützlichkeitsabwägungen bei Zu- und Einwanderung und die fortschreitende Ausbeutung der Länder des Südens durch den Norden als Kennzeichen des Neoliberalismus.
 - die Ablehnung der Aufnahme der Erweiterung der Unterdrückungsmechanismen um Patriarchat und Rassismus
 - die Beibehaltung der Reihenfolge in Kapitel IV in der Art und Weise, dass die Demokratisierung der Gesellschaft erst nach dem Kapitel zu Arbeit und Sozialer Sicherung kommt
 - die Ablehnung eines Zusatzes, dass perspektivisch darüber debattiert wird, ob eine Steuerfinanzierung der Solidarsysteme denkbar wirdbleiben als Ablehnungsgründe erhalten.